

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**Industrielle Massentierhaltung und verantwortungsvolle Beschaffung in öffentlichen Kantinen**

In Deutschland wird noch immer die Massentierhaltung ausgebaut, mit teilweise dramatischen Folgen für die Tiere, die Gesundheit der Menschen, die weltweite Nahrungsmittelversorgung und den Klimawandel.

Massentierhaltung basiert auf großem Leid und Schmerzen für die Tiere. Schweinen werden häufig ohne Betäubung die Schwänze kupiert, damit sie sich in ihrer Enge nicht gegenseitig an- oder auffressen, Ferkel werden ohne Betäubung kastriert und Hühnern die Schnäbel gekürzt, was lang anhaltende und starke Schmerzen verursacht. Durch die Massentierhaltung werden Tiere verdinglicht, als Industrieprodukt betrachtet, das schnell und möglichst günstig konsumiert werden soll.

Neben diesen grundsätzlichen tierrechtlichen Erwägungen hat der Konsum von Fleisch solcher Herkunft überdies auch Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen. So entstehen zum Beispiel durch massiven Einsatz von Antibiotika in der Tiermast multiresistente Keime. Beim Menschen können diese Keime dazu führen, dass bei Erkrankungen notwendige Antibiotika keine oder nur unzureichende Wirkungen entfalten. Jährlich sterben allein in Deutschland mehr als 15 000 Menschen wegen dieser Keime. Eine fleischlastige Ernährung erhöht das Risiko für Übergewicht und Herz-Kreislaufkrankungen, wie Bluthochdruck, Herzinfarkte und Schlaganfälle. Die Erhöhung des Risikos für neurodegenerative Erkrankungen (z. B. Demenzen) wird aktuell diskutiert.

Durch den Import von Futtermitteln benötigt die EU ca. 20 Mio. ha Ackerflächen außerhalb Europas, die dadurch für die Produktion von Nahrungsmitteln für die Bevölkerung dieser Länder nicht mehr zur Verfügung stehen. Diese Fläche entspricht in der Größenordnung der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche Deutschlands. Von immenser Tragweite ist zudem der Einfluss des Fleischkonsums auf den Klimawandel: Die Tierproduktion ist mit knapp 20 % weltweit ein bedeutender Verursacher von Treibhausgasen.

Mit ihren vielen Einrichtungen, in denen möglicherweise Nahrungsmittel aus Massentierhaltung angeboten werden, trägt Bremen als Großverbraucherin eine große Verantwortung. Durch einen Umstieg auf Produkte aus tiergerechter Haltung (z. B. Neuland oder Ökolandbau) kann Bremen helfen, das Leid der Tiere zu verringern, zur gesunden und nachhaltigen Ernährung beizutragen und einen Baustein zum Klimaschutz zu leisten.

Wir fragen den Senat:

1. Welche Möglichkeiten sieht der Senat, kurzfristig die Herkunft (Produktionsbetrieb) und den Umfang tierischer Produkte in den Bremer Einrichtungen zu dokumentieren?
2. Wie weit ist die Prüfung der Möglichkeit einer verstärkten Berücksichtigung der Herkunft von Lebensmitteln tierischen Ursprungs in Ausschreibungsverfahren für die Vergabe von Aufträgen zur Gemeinschaftsverpflegung vorangeschritten, und wann ist mit deren Abschluss zu rechnen?

3. Welche Maßnahmen unternimmt und/oder plant der Senat darüber hinaus, schnellstmöglich den Bremer Bezug von Fleisch und anderen Produkten aus Massentierhaltung kurzfristig zu senken und langfristig ganz auf Produkte aus artgerechter Tierhaltung umzustellen?
 - a) Wie hoch sind die geschätzten Kosten per anno für eine derartige Umstellung?
 - b) Was wären die im Gegenzug zu erwartenden positiven Effekte einer sukzessiven Umstellung auf Produkte aus artgerechter Tierhaltung?
4. Wie schätzt der Senat die Erfolgsaussichten ein, auf Bundesebene rechtlich verbindliche Definitionen der unterschiedlichen Haltungsformen, eine gesetzliche Verpflichtung zur Kennzeichnung der Haltungsform – wie dies bei Eiern schon der Fall ist – auch für Fleisch und Milcherzeugnisse und die verpflichtende Kennzeichnung „mit/ohne Antibiotika-Behandlung“ zu schaffen?
5. Welche Kenntnisse hat der Senat über die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in der industriellen Massentierhaltung?
 - a) Sieht der Senat einen Zusammenhang zwischen diesem Wirtschaftszweig und den dort vorherrschenden Arbeitsbedingungen?

Jan Saffe, Linda Neddermann, Dr. Kirsten Kappert-Gonther,
Dr. Anne Schierenbeck, Dr. Maike Schaefer,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen